



Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Home: <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com>

Pressekontakt: fr|de 0163-9540008 // de|en 0176-99621504

Mail: initiative-ouryjalloh@so36.net

Berlin, den 10. September 2018

Pressemitteilung der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Einladung zur Pressekonferenz

**zum Stand der Ermittlungen im Fall Oury Jalloh in Anwesenheit
von Vertretern der Unabhängigen Internationalen
Untersuchungskommission**

Dienstag, 23. Oktober 2018 | 10 Uhr

**Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin (Prenzlauer Berg)**

**Hiermit laden wir die Vertreter der interessierten Presse und
Zivilgesellschaft herzlich zur Teilnahme an unserer Pressekonferenz
über die aktuellen Entwicklungen und die Aufklärungsarbeit der
Unabhängigen Untersuchungskommission im Fall von Oury Jalloh ein.**

- 1. Die Initiative informiert über die andauernde Verschleppung und
Behinderung von Mordermittlungen und die Verweigerung der
Aufklärung des Polizei- und Justizskandals im Oury-Jalloh-Komplex
durch die Landespolitik Sachsen-Anhalts.**

**Die Rechtsanwältin der Familie von Oury Jalloh, Gabriele Heinecke,
wird Stellung beziehen zur vorgeblichen Prüfung der
Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Halle im
Ermittlungsverfahren zum Mord an Oury Jalloh durch die
Generalstaatsanwaltschaft Naumburg.**

- 2. Mitglieder der Unabhängigen Internationalen Kommission (UIK) zur
Aufklärung der Wahrheit über den Tod von Oury Jalloh werden die**

Notwendigkeit zur Gründung der Kommission sowie deren Perspektiven, Ziele und Arbeitsweisen erläutern.

Die Kommission hat sich im Januar 2018 konstituiert und mit der Analyse der zugänglichen Akten sowie eigenen Ermittlungen begonnen. Dazu hat sie auch mit den zuständigen Landesministerien und Ermittlungsbehörden Kontakt aufgenommen und ein informelles Treffen mit dem bei der Generalbundesanwaltschaft für den Fall zuständigen Abteilungsleiter Rechtsextremismus Bundesanwalt Kai Lohse durchgeführt.

Die Kommission nimmt Stellung zu den juristischen Begründungen der Zurückweisung der Zuständigkeit des Falles von Oury Jalloh durch den Generalbundesanwalt.

- 3. Die Aktivist*innen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sehen sich anhaltenden, rechtswidrigen Repressionen durch Polizei und Justiz in Sachsen-Anhalt ausgesetzt. Ein Expertenteam der UN hat das Vorgehen der deutschen Behörden gegen die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kritisiert. In einem Bericht, der im September 2017 dem Menschenrechtsrat der UN vorgelegt wurde, fordern die Experten die deutsche Bundesregierung auf, Ermittlungen gegen diejenigen einzuleiten, die die Aktivisten der Initiative einschüchtern und schikanieren, weil sie Menschenrechte verteidigen und Gerechtigkeit suchen.**

("Report of the Working Group of Experts on People of African Descent on its mission to Germany", 15.08.2017, Punkt 76, Link: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/238/67/PDF/G1723867.pdf?OpenElement>)

Die Initiative informiert über das widerrechtliche Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden sowie über die aktuelle Anklage gegen einen über 60-jährigen Aktivist. (Angesetzte Prozesstermine: 24.10.2018, 9.11.2018 und 23.11.2018, jeweils um 10 Uhr, am Amtsgericht Dessau, Willy-Lohmann-Str.33, Dessau-Roßlau)

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit aufklärerischen Grüßen

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

OURY JALLOH - DAS WAR MORD!

**AUFKLÄRUNG - VERANTWORTUNG -
ENTSCHÄDIGUNG**